

Großbritannien:

GREATER BRITAIN!

5 Milton Friedmann hat ihn nach eigenem Bekunden nicht erfunden, aber immerhin den Nobelpreis dafür gekriegt: den Monetarismus. Demnach ist die Inflation das größte Übel der Neuzeit, ihr Grund eine zu große Menge an Geldzetteln, das Heilmittel die Reduktion der Geldmenge, im Fernsehen anschaulich demonstriert durch die Betätigung des Stop-Knopfs einer amerikanischen Dollarnotendruckmaschine: Mit - einem Schlag stand die Maschine still - Q.e.d.! Diese schlagende Beweisführung soll die britische Premierministerin so beeindruckt haben, daß sie sie zur Lösung der britischen Nöte in der "Neuner-Gemeinschaft" gleich experimentell anwenden wollte: Sie trat vor ihre Nation und verkündete ihr ein Sparprogramm. Allerdings hatte dieser Entschluß einen ganz anderen Grund als den, daß Margaret Thatcher auf die Theorie des amerikanischen Nobelpreisträgers gestoßen ist.

Alles Geld dem Staat

15 Mit dem Vorwurf an Labour, unrentable Betriebe zu subventionieren, staatliche Gelder zu verschenken und die Inflation anzuheizen, hatte Mrs. Thatcher die Wahl gewonnen. Aber anstatt in den Keller der Bank von England zu gehen und wie ihr nationalökonomischer Mentor einfach energisch die Geldpresse abzustellen, verkündete sie ganz "eisern" ein "Antiinflations- und Sparprogramm", ein Programm, das weder mit Sparen noch Bekämpfung der Inflation viel zu tun haben sollte.

25 Zuerst einmal galt es nämlich die staatlichen Einnahmen kräftig zu erhöhen. Deshalb verordnete sie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer - "Last von der Wirtschaft auf die Verbraucher verlagern" - fast um das Doppelte, warnte die Konsumenten, die sie am härtesten traf, vor "inflationären Lohnforderungen" (Daher der Name Sparprogramm!) und demonstrierte Bescheidenheit in punkto Staatsverschuldung:

1. plante man eine Erhöhung der Geldmenge (= Geldscheine drucken) um "nur" 11%.
2. wollte man die Nettokreditaufnahme (= Staatsanleihen drucken - man achte auf den Unterschied!) auf lächerliche 8.5 Mrd. - Pfund beschränken. Irgendwie müssen da die Druckereien verrückt gespielt haben, denn ganz gegen staatlichen Willen "geriet der Geldmengenwuchs (21%) außer Rand und Band" (Süddeutsche Zeitung) und ein Unwesen namens Nettokreditaufnahme "expandierte" auf 14 Mrd. Pfd. Um "Sparen" ging es also bei diesem Sparprogramm nicht, wohl aber um eine Neuordnung des Staatshaushalts und die Befreiung staatlicher Gelder aus Bindungen, die man in Zukunft mißachten wollte, um Geld locker zu machen für eine größere Freiheit der öffentlichen Hand. An diesem ihren Zweck gemessen war die konservative Politik alles andere als "gescheitert", wie Wirtschaftsjournalisten dies- und jenseits des Kanals zu vermelden wußten. Ungerührt von "Ausgabenexplosion" (= heimtückischer Anschlag der Ausgaben auf wehrlose Politiker!) und galoppierender Inflation (= eigensinniges Tier, das sich nicht zügeln läßt) verkündete der Schatzkanzler deshalb auch am letzten budget day, daß er mit einem Haushaltsdefizit von 50 Mrd. Mark auch künftig planmäßig Schulden machen wolle. Seinen Sparwillen stellte er damit zur Schau, daß er sich im vergangenen Haushaltsjahr noch ein Drittel mehr genehmigt habe, ein Betrag, den er allerdings aufgrund der regelmäßigen außerplanmäßigen Planungen (vgl.

oben!) auch im kommenden Finanzjahr noch lange nicht abzuschreiben braucht! "Verringerung der Staatsverschuldung" heißt dann ganz einfach: Einen Teil des Geldes, den man darüberhinaus für nötig hält, holt man sich bei seinen Bürgern: 16,5 Mrd. DM knöpft man den Säufern (2,80 Mark pro Flasche), Rauchern (0,66 DM pro Schachtel) und Autofahrern (20 Pfennig pro Liter) zusätzlich ab - ganz ohne Spekulation auf die Volksgesundheit; 10 Mrd. kassiert man durch "Einfrieren" der Anhebung der Familienstandspauschalen bei der Lohn- und Einkommensteuer um den Inflationssatz. Letzteres empfinden manche als Widerspruch gegen die Steuerherabsetzungen im ersten Haushalt, weil sie übersehen wollen, daß Frau Thatcher bei aller Rücksichtslosigkeit auch damals nicht blind gegen die Unterschiede ihrer Bürger war, weshalb sie den Spitzensteuersatz um 23 und den Mindeststeuersatz um 3% gesenkt hatte, nicht ohne ganz klassenneutral durch die Verdoppelung der Mehrwertsteuer den Löhnern ganz besonders in die 'Tasche' zu greifen.

Für die Entwertung ihres Geldes im Inland können sie sich allerdings durch die *Vorstellung* trösten, daß "ihr" Pfund im Ausland an Wert gewinnt. Denn ganz als sie es der Propheten des Untergangs überdrüssig, für die es wegen seines freien Falls jahrelang als Katastrophenkulisse hat herhalten müssen, hat das britische Pfund angesichts der staatlichen Hochzinspolitik sich ein Herz gefaßt und ist kräftig gestiegen - und sofort zieht sich die Stirn des Wirtschaftsoraklers in tiefe Falten:

"Gekoppelt mit dem Faktor Nordseeöl katapultierte ein Diskontsatz von 17% das Pfund Sterling auf Pine Ebene, die viele britische Firmen innerhalb kürzester Zeit fast die Hälfte ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit kostete." (SZ)

Hier denkt der multifaktorielle Katastrophenökonom sehr eindimensional. Der Vorwurf an die staatliche Geldpolitik, sich am steigenden Wechselkurs zu erfreuen, nur um über die vergleichsweise hohen Zinsen Leihkapital, auf das sie scharf ist, ins Land zu locken, übersieht, daß der Schaden eines hohen Wechselkurses für exportorientiertes Kapital durchaus nicht ausgemachte Sache ist - denn die billiger werdenden Importe schlagen ja auch in der Kostenrechnung der Kapitalisten zu Buche, so daß sich mancher Exporteur sogar die Hände reiben kann. Zudem besteht die britische Industrie aus vielen Firmen, die es nicht *alle* die Hälfte ihrer Wettbewerbsfähigkeit kostete, sondern je nach dem sehr unterschiedlich traf. Wer hier die Stärke des Pfundes zu nutzen versteht, zeichnet sich aus als einer, der sich für seine weitere Stärkung staatliche Gelder auch "wirklich verdient", wie es Monetaristen-Maggie so schön zu formulieren versteht. Hier gleich wieder einen Verstoß gegen ursprüngliche Absichten oder gar die "reine Lehre des Monetarismus" zu vermuten, ist ausgesprochen dämlich. Und außerdem hat Frau Thatcher nie davon gesprochen, sie wolle die britische Industrie um einer fixen Geldidee willen ruinieren, sondern "gesundschrumpfen" lassen. Schließlich war nicht erst ihr, sondern schon ihrer Amtsvorgängern, aufgefallen, daß das britische Kapital, sofern es sich auf der Insel betätigte, im praktischen Vergleich der Produktivität immer schlechter abschnitt. Ideologisch formuliert, galt es den Widerspruch zu bewältigen, daß Großbritannien "politisch ein Riese, ökonomisch ein Zwerg" sei. In der Gewißheit, daß politische Macht ohne ökonomische Grundlage und Druckmittel nicht zu haben ist, firmiert seit geraumer Zeit als Punkt einer britischer Regierungserklärungen das Anliegen, die mangelnde Konkurrenzfähigkeit des dortigen Kapitals zu beseitigen, indem man seiner Investitionslust "mit Anreizen winkt und wirkliche oder vermeintliche Hindernisse aus dem Weg räumt.

Kampfansage an die Proleten

5 Besonders in einem Punkt rechnete die konservative Regierungschefin dem Labourkabinett vor, versagt zu haben: Die Arbeiterpartei habe zuviel Rücksicht auf die Arbeiter genommen. Recht deutlich kündigte sie den “sozialen Frieden” auf und beschloß, dem britischen Kapital ein paar neue Voraussetzungen auf seiten der Arbeitskosten zu schaffen.

10 Es ist dies die öde, immergleiche Absichtserklärung und der tatkräftige Einstieg noch aller kapitalistischer Staaten, kaum daß mal wieder ein “Ruck” durch die Nation zu gehen hat. Darüber, wie es den Proleten “vorher” ging, ist damit höchstens gesagt, daß es ihnen jetzt *noch* schlechter geht - weder ist daraus der Schluß zu ziehen, die britischen Arbeiter wären für den Gang des Kapitals dort verantwortlich zu machen (die berühmte “englische Krankheit”!), noch darf auf seiten der Gebeutelten übermäßige klassenkämpferische Renitenz vermutet werden. Wie wenig es mit diesen Hetztiraden gegen die Arbeiterklasse tatsächlich auf sich hat, belegt nicht nur das “Handelsblatt”, das die anderen Streikmeldungen für “reichlich übertrieben” hält und meldet, daß
15 faktisch 98% aller britischen Betriebe durchgängig streikfrei waren und sind, belegt nicht nur die Tatsache, daß trotz der angeblich immer hohen Lohnkosten das britische Kapital begeistert in Ländern mit bedeutend höheren Löhnen investiert - erst recht belegt dies die Antwort der Arbeiterklasse selbst: sie duckt! Ein sich jetzt so brav aufführendes Proletariat soll zuvor ein einziger Unruheherd gewesen sein!?

20 So kann der britische Schatzkanzler es sich leisten, die Zukunft der arbeitenden Bevölkerung als gesicherte Grundlage seiner Politik zu verplanen:

“Die britische Regierung sieht in der zunehmenden Arbeitslosigkeit dennoch eher eine zwangsläufige Begleiterscheinung ihrer Wirtschaftspolitik.”

25 Und insofern der Zustand des Arbeitermaterials natürlich die Kalkulation des Anlage suchenden Kapitals mitbestimmt, werden auf diese Weise staatlicherseits positive Gründe dafür geschaffen, daß die Investition in England an Reiz gewinnt.

Aufrüstung des Kapitals

30 Allerdings geht diese Rücksichtslosigkeit gegen die Proleten Hand in Hand mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit gegen das Kapital. Die Spekulationen über 3 Millionen Arbeitslose gehen ja nicht nur darauf zurück, daß der Staat Millionen in die Wirtschaft buttert, um Rationalisierungen zu finanzieren, sondern auch darauf, daß eben dadurch jede Menge Kapitalisten pleite gehen. Zur ideologischen Rechtfertigung dieses Ruins von staatlichen Lieblingsbürgern hat ein findiger Kopf sich gar einen Namen für solcher Art Kapitalisten einfallen lassen - “Lahme-Enten-Brigade”
35 nämlich - und offenbart so, daß diese Folge der Wirtschaftspolitik bewußt einkalkuliert ist um derentwillen, die dann übrigbleiben und von Investitionshilfen beflügelt in der Konkurrenz mit den anderen EG-Kapitalisten bestehen können. Der gezielte Einsatz staatlicher Gelder kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Regierung den britischen Vorteil, in der Ölversorgung nicht nur Selbstversorger, sondern schon Exporteur zu sein, nur für den Staat nützen will, indem sie per
40 Steuern den Preis auf hohem Niveau hält und so sicherstellt, daß dieser Vorteil nicht irgendwelchen “lahmen Enten”, die es gar nicht verdient haben, zugute kommt.

In die gleiche Richtung wirkt die durch die staatliche Konkurrenz bei der Kreditnachfrage verursachte Hochzinspolitik. Sie erschwert den Kapitalisten das Geschäft durch die Verteuerung von Schulden, die sich so mancher nicht mehr leisten kann, weil mit der verstärkten Nachfrage die Kreditwürdigkeit strenger Kriterien unterworfen wird. Da jedoch diese pleite gegangenen Betriebe nicht einfach im Meer versenkt, sondern zu günstigen Konditionen den Besitzer wechseln, sind die Zweifel mancher Industrieller, "ob am Ende der konservativen Roßkur noch genügend Firmen übrigbleiben, um einen neuen Aufschwung in die Wege zu leiten", ziemlich an den Haaren herbeigezogen. Daß Kredit, wenn auch teuer, reichlich zu haben ist, gilt in besonderem Maß für Betriebe, die sich in staatlicher Hand befinden. Sie sollen wegen ihrer Größe und ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft (Stahl, Kohle, Autos) zum Hebel der Durchrationalisierung des Kapitals gemacht werden und so die Stützen eines neuen Aufschwungs bilden. Daß Mrs. Thatcher auch hier keine "familiären" Rücksichten nehmen will, hat sie mit der für konservative Briten provozierenden Verpflichtung des amerikanischen Managers McGregor deutlich demonstriert: Er soll "ohne Rücksicht auf britische Traditionen nach rein ökonomischen Gesichtspunkten für die harten Maßnahmen sorgen", was nichts anderes heißt; als daß die neue Regierung nur einen neuen Umgang mit diesen Quellen des Reichtums pflegen will. Mit dem oft vermeldeten Haß der Konservativen auf die Staatsbetriebe hat diese ihre Förderung jedoch ebensowenig zu tun wie die Subventionspolitik der Labourparty mit Sozialisierung.

Wirtschaftspolitik der Labour-Party

Deren Politik der Erhaltung kapitalistischer Unternehmen durch den Staat war alles andere als was linke Labourpolitiker sich ausgemalt und Apologeten der Freiheit zum Unternehmen apokalyptisch an die Wand gemalt hatten: ein Weg zu staatlicher Bevormundung freiheitsliebender Kapitalisten oder gar ein Schritt zum Sozialismus. Deshalb hat Labour dem Kapital ja auch keine "Fesseln" angelegt, sondern Köder ausgelegt, es zu vermehrter Anlage im eigenen Land, möglichst unter Mithilfe auswärtigen Kapitals, anzuhalten. So boten die Arbeiterpolitiker den Unternehmern regional kaum begrenzte Steuervorteile, etwa mit der 100prozentigen Abschreibungsmöglichkeit von Maschinen,

"so daß in den profitarmen Jahren 1975/77 nur mehr wenige Unternehmen noch Körperschaftssteuer zahlten" (Handelsblatt).

Auch die Zusammenfassung ganzer Branchen, wie z.B. der Automobilindustrie hat mit Verstaatlichung recht wenig zu tun: Die einzelnen Firmen behielten ihre rechtliche Selbständigkeit, kein Unternehmer ist enteignet worden, der Staat, übernahm lediglich die Koordinierung der Investitions- und Marktpolitik und damit natürlich auch einen Teil der finanziellen Verantwortung und Lasten. Dieser pflegliche - und keineswegs feindliche - Umgang mit dem eigenen Kapital garantiert erst einmal den Unternehmern Gewinne, und zwar Gewinne, für deren Herstellung jene nicht mehr die nötigen Anstrengungen zu unternehmen gewillt sind - offensichtlich, weil sie günstigere Möglichkeiten anderswo sehen, und nicht; weil sie pleite sind. Das heißt also nicht, daß "sozialistische Mißwirtschaftspolitiker" es dabei darauf angelegt hätten, "marode Staatsbetriebe" über Wasser zu halten, am Ende gar zwecks Erhaltung von Arbeitsplätzen! Immerhin waren es Staatsmanager unter Labourkuratel, die ein ganzes Leylandwerk nach Belgien schafften und so recht praktisch deutlich machten, was es nicht nur zu

erhalten, sondern großzügig zu fördern galt: die Konkurrenzfähigkeit britischen Kapitals, die es eben auch mal erforderlich macht, heimisches Kapital nicht an die Heimat zu binden. Tatsächlich finanzierte Labour mit der Parole „Arbeitsplätze erhalten!“ die Rationalisierung der Betriebe, verankerte so nebenbei die „Unsicherheit des Arbeitsplatzes“ recht sicher im Bewußtsein seiner
5 Anhänger und verlangte ihnen zudem über den „Social Contract“ ihr Scherflein zur Sanierung des britischen Kapitals ab.

Maggies Wahlkampfargument, die Labourregierung hätte ganz „unsachgemäß“ seine Förderungen „blind“, nach dem „Gießkannenprinzip“ über’s Land verschüttet, findet zwar auch eifrige
10 Nachbeter unter Leuten, die professionell für tiefere Einblicke ins Wirtschaftsleben zuständig sind, die Wahrheit stellt sich jedoch ein, wenn man solcherlei Klugheiten auf den Kopf stellt: Da der Labourstaat nichts zu verschenken hatte, verteilte er seine Geschenke sehr gezielt und richtete zu diesem Zweck eine „Industrial Reconstruction Corporation“ ein, die Fusionen von Firmen anzuregen und deren Förderungswürdigkeit zu prüfen hatte:

15 “Ihre (der Fusionen) Funktion war es, das Wachstum zu fördern, welches sich nicht einstellen wollte, es war dazu da, Geld und Ideen in die erfolversprechenden und entscheidendein Industrien zu pumpen und sie, falls nötig, zu reorganisieren.” So bricht denn die Ideologie von der Vorliebe der Labours für Staats- und der Tories für
20 Privatinitiative in sich zusammen und der wirkliche Unterschied kommt zum Vorschein: In einem Maße, wie ein Callaghan es sich nicht hätte träumen lassen, buttert die Thatcher Kredite in die Staatsbetriebe, und behebt so den Mangel der Politik ihrer Vorgänger, die es dem Kapital in Staatshand zwar gut gemeint hatten, ohne ihm *genügend* Geld anzubieten, um es in die Lage zu setzen, seinen Konkurrenten in der EG die Stirn zu bieten.

Während Labour - ganz un-„sozialistisch“ auf die „Selbsteilungskräfte“ des Kapitals und der
25 laufenden Rationalisierungen setzte und durch Kompensation von Wettbewerbsnachteilen gegen die EG-Konkurrenten die Durchsetzungsfähigkeit wichtiger nationaler Industrien herzustellen hoffte - dabei recht sparsam an den Staatshaushalt denkend -, hat sich die konservative Regierung zu einem Vorreiter eines nationalen Kampfprogramms gemacht, mit zwar demselben Ziel wie die Labour-Regierung, aber verknüpft mit dem Entschluß, dem eigenen Kapital - Beachte: immer nur die dazu Ausgesuchten - massive Wettbewerbsvorteile zu verschaffen und die nötigen Belastungen
30 ganz und gar auf die eigene Kappe zu nehmen. Während die Labour-Regierung die Wahrung des „sozialen Friedens“ als förderliches Mittel der Wirtschaftsentwicklung ansah und dafür sehr genau auskalkulierte Zugeständnisse an die Gewerkschaften machte, wobei der ideologische, d.h. recht immaterielle Charakter dieser Zugeständnisse ins Auge springt, geht die konservative Regierung
35 her und zieht die ökonomische Sanierung des Landes ohne jede soziale Kompensation durch - sollte der „soziale Friede“ darüber in Gefahr geraten, hat sie den Einsatz friedensstiftender Polizeitruppen in Aussicht gestellt und auch schon mal ausprobiert.

Das Verhältnis zur EG

40 Das Movens der ökonomischen Sanierung ist ein Vergleich. Wie gerade an den Staatsbetrieben zu studieren, ist mit der EG ein ökonomischer Standard vorgegeben, an dem sich die britische Industrie zu messen hat - und der nicht zuletzt die Existenz der Staatsbetriebe bewirkte. Das ursprünglich kühle Verhältnis Britanniens zum Kreis der Sechs entsprang einerseits der Hoffnung General de Gaulles, ohne die britische Konkurrenz um das Sagen in der Gemeinschaft die

europäischen Puppen nach französischer Melodie tanzen zu lassen. Ohne entscheidende Zugeständnisse wollte er sie nicht zulassen:

5 “Großbritannien wäre glücklich gewesen, der Organisation mit weniger weit gesteckten Zielen beizutreten: Freier Handel mit gewerblichen Gütern, kein gemeinsamer Außenhandelsstarif, keine gemeinsame Agrarpolitik und kein gemeinsamer politischer Überbau (superstructure).” (The british Experience, S. 221)

10 Andererseits wollte Großbritannien, wie aus dem Zitat schon ersichtlich, seine imperialistischen Vorteile gegenüber der EWG auch nach einem Eintritt gewahrt wissen, oder umgekehrt: Die von Großbritannien abgelehnten Momente der Politik der Gemeinschaft bedeuteten allesamt, daß es gerade auf Vorteile verzichten sollte, die es der EWG gegenüber vorzuweisen hatte. Es hatte eine hochproduktive Landwirtschaft vorzuweisen, bezog billige Lebensmittel und Rohstoffe aus den ehemaligen Kolonien im Commonwealth; gerade letzteres hat die britischen Bauern schon frühzeitig zu vergleichsweise rationeller Landwirtschaft veranlaßt, weshalb es auch keine Bauern mehr gibt, deren Förderung durch Preissteigerungen dem englischen Staat am Herzen läge. Mit dem gemeinsamen Außenhandelsstarif hatte man es wohl auf die Beseitigung der Vorteile gegenüber den Commonwealth-Mitgliedern abgesehen. Und auf eine Verstärkung des politischen Gewichts in der Welt glaubte England verzichten zu können: Schließlich pflegte es traditionell die besten anglo-amerikanischen Beziehungen mit der Weltmacht Nr. 1 - und auf die kam es ja auch an!

20 Das britische Kapital betrieb seine Geschäfte u.a. in der EFTA, um mit den Gewinnen schließlich blühte der Handel in aller Welt, v.a. in den USA und in den Commonwealth-Ländern - sich am Wachstum des Reichtums zu beteiligen, anstatt in nationaler Pflichterfüllung nur das Wachstum auf der Insel im Auge zu haben. Besonders gelungen, die Ausweitung des Geschäfts gerade dadurch zu bewerkstelligen, daß man sich per Einkauf am Florieren der (EWG-)Konkurrenten beteiligte, boten und bieten sich doch dort “Wachstumindustrien”, vor denen die heimischen Anlagemöglichkeiten nur verblassen können. Das schließt gezielte Anwendungen des Gewinns auch in heimatlichen Gefilden nicht aus - nur steht diese Freiheit eben nur Besonderen offen, so daß sich die heimische Industrie scharf aufspaltet in einige “Giganten” und in den großen Rest eines *relativ* “rückständigen” Kapitals. Das vergleichsweise hohe Ausmaß des Kapitalexports erklärt den scheinbaren Widerspruch, daß die industrielle Entwicklung Englands hinter der des Kontinents nachhinkt, während zu den zehn größten Multis zwar neben amerikanischen auch britische gehören, aber keine deutschen oder japanischen, und vor allem die Profite britischer Firmen sich nicht zu verstecken brauchen:

35 “In den meisten anderen Wirtschaftssektoren allerdings, besonders dann, wenn diese von größeren Unternehmen dominiert werden; sind britische Betriebe ihren Branchenkollegen in der EG, was die Umsatzrendite angeht, oft überlegen... liegen in ihren Branchen entweder an der Spitze oder auf den ersten Plätzen der Renditeskala europäischer Unternehmen.”

40 Was Wunder, daß sich die Ubiquität des britischen Kapitals - die sich historisch im Empire begründet - in einem Finanzzentrum London darstellt, und darin zugleich auch die Startrampe für vielerlei weltweite Anlageprojekte hat. Die EG ihrerseits machte nicht nur Fortschritte in der Beseitigung unrentabler landwirtschaftlicher Betriebe, sondern machte den Briten in ihrer eigenen Freihandelszone trotz der Zollgrenzen mit besseren und billigeren Industriewaren Konkurrenz im

eigenen Land, eine Entwicklung, die auch durch die ständigen Abwertungen des Pfundes nicht aufgehalten wurde: Im gleichen Zeitraum, in dem das Pfund von 11,20 auf 5,45 DM gesunken war, steigerten bundesrepublikanische Exporteure ihren Verkauf auf der Insel kontinuierlich.

5 “Tatsächlich wurde eine so geartete Organisationsvorstellung als konkurrierender Zusammenschluß der Ausgeschlossenen ins Werk gesetzt (EFTA, 1959) und hatte auch Erfolg hinsichtlich der Stimulierung des Handels zwischen seinen Mitgliedern. Erfolglos war dieser Zusammenschluß hingegen in der Absicht, sich als Konkurrent oder gar als Barriere gegenüber der EG zu etablieren.” (ebd.)

10 Die Gegnerschaft zwischen EWG und EFTA löste sich eindeutig zugunsten ersterer auf was zwar dem britischen Staat weniger recht war, dem Kapital deswegen noch lange nicht schadete:

15 Der zunehmende ökonomische Erfolg der EWG-Nationon machte sich als ihr Vordringen auf dem Weltmarkt, unter anderem auch auf “angestammte” britische Märkte (Commonwealth), bemerkbar und führte nicht zuletzt zu einer “Verallgemeinerung” der Vorzugsbedingungen im Zugang zu dort befindlichen Rohstoffen. Die faux frais imperialistischer Herrschaft drückten den Staat immer unangenehmer, und zwar deswegen, weil die damit angestrebte Exklusivität sich zunehmend in kostenlose Partizipation anderer an den “Erschließungsleistungen” verwandelte.

20 Der schließliche Eintritt Großbritanniens wie auch die darauffolgenden Jahre brachten nun nicht den vom Staat erhofften “frischen Wind” in die Industrie, sondern ließ das Kapital munter auf dem eingeschlagenen Weg weitermachen. Während die eine Abteilung ihren Kapitalexport z.B. in die BRD zwischen 1974 und 1979 von 1,6 auf 5,9 Mrd. DM steigerte (umgekehrte Richtung: 0,3 auf 2,4 Mrd. DM im selben Zeitraum), sah sich die “heimische” Abteilung zunehmend um die Wirksamkeit des Mittels der heimischen Ausbeutung - die Lohndrückerei - gebracht. Einerseits nämlich taten der Abbau der Commonwealth-Vorteile und die Durchsetzung der höheren Lebensmittelpreise über den EG-Agrarmarkt ihre Dienste (= EG-mäßige Steigerung des Werts der

25 Ware Arbeitskraft), andererseits verringerten die investiven Anstrengungen der anderen diesen Preisvorteil - zugleich machte sich eben da das Fehlen eigener Anstrengungen dieser Art immer schmerzlicher fühlbar, was plötzlich die ganze Nation entdecken ließ, daß die “Kapitalstöcke hoffnungslos veraltet” seien. (Hierzu zur Erinnerung: Der Labour- und der Tory-Umgang mit diesem “Problem”.)

30 An dieser Stelle erklärt sich auch, wie eine verarmte Arbeiterklasse ein Hindernis fürs Kapital sein kann: Gerade aufgrund der Freiheiten, die das britische Kapital weltweit sich geschaffen hat, konnte es die ihr unangenehmen Kampfformen der britischen Gewerkschaften zu *dem* Kalkulationsmoment erklären, sich also von der Heimat “abwenden”. Nur so läßt sich von einem Schaden sprechen, den die Proleten ihrem Kapital zugefügt hätten; wie zum Beispiel der hohe

35 Anteil von relativ (= im Vergleich zum kapitalistischen Standard) “arbeitsintensiven” Exportprodukten zeigt, griffen die gewerkschaftlichen Aktionen das Kapital nicht materiell an. Daß die Kapitalisten mit dem vielgeschmähten closed-shop-System recht gut leben konnten, wird heute schlagend daran klar, daß das konservative Signal zum Angriff auf dieses System vom Unternehmerverband nicht mit Begeisterung, sondern mit dem Verweis, daß es sich doch “ganz gut

40 eingespielt” habe, aufgenommen wurde. Was man immer schon wissen konnte, wird heute zur offiziellen Ideologie, mit der man den Proleten (zum Teil schon recht erfolgreich) ihr Kampfmittel miesmachen will: Das closed-shop-System hat den Arbeitern nichts gebracht, sondern mit dem

Kampf um "Gerechtigkeit", dem Kampf um die Aufrechterhaltung der Unterschiede zwischen den shops, die Durchsetzung der Verelendung der britischen Arbeiter betrieben. Der TUC hat in ständiger Kampfbereitschaft und Radikalität dasselbe erreicht wie der DGB mit Verantwortungsbereitschaft und Staatstreue: daß die Proleten auf alles mögliche Rücksicht nehmen, nur nicht auf sich selbst.

Wie's weiter geht

Schenkt man den Zeitungen Glauben, dann treibt Margaret Thatcher die britische Wirtschaft in den "Ruin". Abgesehen davon, daß eine solche Vorstellung sowieso recht abgeschmackt ist - die Entwertung des Kapitals durch die Ruinierung einzelner Kapitalisten hat alles andere zur Folge als den Ruin der Wirtschaft -, läßt die Premierministerin sich von solchen Prognosen auch nicht irre machen. Am *Gelde* fehlt's nicht, und der hohe Zins sorgt dafür, daß durch den hohen Kurs des Pfundes die Beanspruchung des Nationalkredits sich relativiert. Ausländisches Kapital "geht ins Pfund" und trägt so zur Finanzierung der Wirtschaftspolitik bei, und treibt die Modernisierung britischer Unternehmen voran. Nicht nur sind bei den Staatsbetrieben, allen voran Auto und Stahl, deutliche "Aufwärtstendenzen" zu beobachten, auch in der privaten Industrie ist "das Ende der Talsohle" in Sicht:

"Die Politik der Mrs. Thatcher hat einige Managements in die Lage versetzt, Entscheidungen zu fällen, die sie aus eigenem Antrieb schoin in früheren Jahren hätten treffen sollen."

E. ist einer von vielen Direktoren, die nicht nur gezwungen waren, die Belegschaft auszudünnen (, Wir haben etwa 20% weniger Beschäftigte als vor 12 Monaten.), sondern auch die Arbeitsmethoden ändern mußten. (, Wir haben sehr ernste Anstrengungen unternommen, eine größere Flexibilität in der Firma zu erreichen, so daß wir Leute von Job zu Job schieben können oder an Produktionen, die sich gerade gut verkaufen, ohne daß sich Einstufungsprobleme ergeben.')

Die Fortschritte in der Dienstbarmachung der Arbeiterklasse sind also unübersehbar noch vor nicht allzulanger Zeit waren die "Einstufungsprobleme" Gegenstand ziemlich harter Auseinandersetzungen, und auch "von Job zu Job schieben" war so einfach nicht drin. Diese Fortschritte würden Großbritannien jedoch noch keinen Vorteil bieten, auch wenn sie eine unerläßliche Voraussetzung sind; schließlich können auch die anderen EG-Staaten mit ähnlichen Domestizierungserfolgen ihrer Proleten aufwarten. Die Schuldenpolitik der Briten hat jedoch noch eine weitere Grundlage: In Form des Nordseeöls fließen dem Staat Einnahmen zu, die er nicht nur auf Zettel schreibt, sondern sich von der BRD z.B. *bezahlen* läßt. Und das ist mehr als nur ein Ausgleich für entgangene Einnahmen der "Nation":

"Als Nation wird Großbritannien durch die Arbeitslosigkeit wegen des Nordseeöls aber nicht ärmer." (Schatzkanzler Howe)

Schade nur, daß immer bloß die Falschen merken, daß der Reichtum der Nation und der ihrer Mitglieder zwei Paar Stiefel sind, die sich gegenseitig treten! Daß die Briten recht daran taten, letztlich nichts anderes zu beschließen, als mit dem heute allgemein üblichen (wirtschaftlichen) Aufrüstungsprogramm schon vor 2 Jahren zu beginnen, beweist sich mit dem endlich

eingetretenen Bewährungsfall. Schließlich erfordert der Wille, den Russen nicht nur im Weltmaßstab, sondern auch im britisch-sowjetischen Maßstab die Stirn bieten zu können -

5

“Großbritanniens unabhängige nukleare Potenz zwingt einen potentiellen Aggressor mit zwei unsicheren Annahmen rechnen zu müssen statt nur mit einer.” (Verteidigungsminister John Nott) -,

ein solch energischer Verteidigungswille erfordert mehr als nur die Streichung des Wortes “Freundschaft” im Kulturvertrag (!) mit der Sowjetunion. Wer den Russen droht, ihnen schlimmer heimleuchten zu wollen als seinerzeit die Nazis -

10

“Ich zweifle, ob irgendein Russe in führender Stellung leichtherzig eine Wiederholung des immensen Leidens ins Auge fassen würde, durch das sein Land vor 40 Jahren gehen mußte. Aber es ist unsere Aufgabe, sicherzustellen, daß dieser Russe keinen Zweifel daran haben kann, daß eben dieses, und Schlimmeres, heutzutage der Preis für jedes sowjetische Abenteuer sein würde.” (Thatcher) -,

15

der will seine Verschuldungspolitik nicht aufgeben, sondern ausweiten, um Tridents, Tournados und anderes Kriegsspielzeug anzuschaffen. Dies müssen inzwischen auch die Kapitalistenverbände gemerkt haben, die ihre anfängliche Enttäuschung über das neue Budget weiß Gott nicht aus selbstvergessener Solidarität mit der Regierung wieder zurückgenommen haben.